

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 368

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. November 2007, 19.00 Uhr, in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Brigitte Frei, Rolf Hohler, Kalender Toklu, Fredy Wiesner (ab 20.30 Uhr)
Vorsitz	Stephan Ackermann
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Interpellation von Christoph Zwahlen betr. „Fussgängerstreifen“	2502
2. Postulat von Emil Job betr. „Solarstadt Pratteln“	2503
3. Postulat von Karin Hess betr. „Veloparkplatz am Bahnhof“	2504
4. Postulat von Kurt Lanz betr. „Sichere Verbindung Schmittiplatz–Dorfturnhalle“	2505
5. Interpellation von Kurt Lanz betr. „Pratteln will sauber sein – gegen Littering, Spucken etc.“	2506
6. Aufhebung Reglement Bevölkerungsschutz-Fonds, 1. Lesung	2507
7. Tagesheim „Chäferhuus“: A) Dringende Massnahme im Personalbereich und B) Zukünftige Ausrichtung und Trägerschaft des Tagesheims	2509
8. Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Motion der FDP-Fraktion betr. „Förderung von Solaranlagen“
 - Motion der SVP-Fraktion betr. „Vermehrtes Wohnen in der Kernzone“
 - Postulat der FDP-Fraktion betr. „Koordination der Mittagstische in Pratteln“
 - Postulat der SVP-Fraktion betr. „Prekäre und unsichere Platzverhältnisse vor Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenerstrasse“
 - Interpellation von B. Schmidt betr. „Umweltschutzkommission und Umweltschutz-Ordnung“
 - 2 Budgetpostulate und 1 Antrag für die Sitzung vom 17. Dezember 2007
-

Geschäft Nr. 2497**Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus Geisseler“, Bericht der BPK, 1. Lesung**

://: Das Geschäft wird einstimmig abtraktandiert.

Geschäft Nr. 2502**Interpellation von Christoph Zwahlen betr. „Fussgängerstreifen“**Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2502 vom 29. Oktober 2007

GR Ruedi Handschin: Die verantwortlichen Sachbearbeiter der Abt. Bau und Dienste/Sicherheit haben den Handlungsbedarf an der Frenkendörferstrasse auch erkannt und - unabhängig von der Interpellation – die zuständigen Fachstellen des Kantons diesbezüglich kontaktiert. Eine mündliche Stellungnahme des Tiefbauamtes liegt uns vor. Grundsätzlich ist das Tiefbauamt einverstanden, an dieser Stelle eine Überquerungshilfe zu erstellen. Die Einwilligung der Verkehrsabteilung muss noch abgewartet werden und ich hoffe, dass der „Druck der Euro 08“ dort auch etwas bewirkt. Frage 2: Der Gemeinderat ist bereit, eine Verschiebung des Fussgängerstreifens an der Bahnhofstrasse zu überprüfen und wenn möglich zu realisieren. Die Realisierung muss aber mit einer generellen Optimierung des Fussgängerverkehrs im Verzweigungsgebiet Bahnhof-, Muttener-, Kirschgarten-, und Hauptstrasse verbunden sein. Es gibt auch ein Projekt betreffend Gebäudeumbau der Nägeli-Stiftung. Die ganze Verkehrssituation muss dann sicher neu beurteilt werden. Frage 3: Da die Hauptstrasse im besagten Abschnitt in einer Tempo-30-Zone liegt, kann der Gemeinderat an der gewünschten Stelle keinen Fussgängerstreifen realisieren. Siehe auch Verordnung zum Bundesgesetz über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen. Eine Ausnahme gibt es: im Art.4/2: „Die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig. In Tempo-30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger dies erfordern, namentlich bei Schulen und Heimen“. Frage 4: Der Gemeinderat ist jederzeit bereit, Vorstösse und Gesuche aus der Bevölkerung und dem Einwohnerrat zu überprüfen, entgegen zu nehmen und wenn möglich zu realisieren. Eine Umfrage bei der Bevölkerung ist aber sicher nicht notwendig und ein solches Wunschkonzert würde vom Gemeinderat auch nicht akzeptiert.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr und 1 Enthaltung Diskussion

Christoph Zwahlen: Ich danke für die Beantwortung und ich bin zuversichtlich. Vielleicht ist es pädagogisch sinnvoll, wenn die Kinder auch in der Tempo 30-Zone lernen, mit einem Fussgängerstreifen umzugehen. Aber ich kann damit leben. Zur Kantonsstrasse: Ich bin froh, dass etwas geht und die Gemeinde beim Kanton etwas unternimmt. Mit der Euro 08 werden dort viele Menschen durchgehen und vielleicht kommt ja eine gute Lösung zustande. Zur Bahnhofstrasse: Ich bin froh, dass auch dort etwas unternommen wird und ich weiss, dass eine optimale Lösung nicht einfach sein wird. Die Tempo 30-Zone stösst ja auf breiten Widerstand. Aber die Bahnhofstrasse ist das Zentrum vom Zentrum und dort ist mehr Leben als im alten Dorfkern. Mit einer Neugestaltung bräuchte es gar keine Fussgängerstreifen mehr. Bei der Post habe ich schon einige „Beihnaheunfälle“ gesehen.

Geschäft Nr. 2503

Postulat von Emil Job betr. „Solarstadt Pratteln“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2503 vom 14. Oktober 2007

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen und wir werden sehen, was wir machen können. Ich finde es eine sinnvolle Sache.

Urs Schneider: Wir möchten das Postulat überweisen. Bei den Solaranlagen wurden in letzter Zeit grosse Fortschritte gemacht und man kann mehr Energie gewinnen als in der Vergangenheit. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist von grosser Bedeutung.

Der Rat beschliesst mit 35 : 2 Stimmen:

://: Das Postulat Nr. 2503 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2504

Postulat von Karin Hess betr. „Veloparkplatz am Bahnhof“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2504 vom 28. Oktober 2007

GR Ruedi Handschin: Ich habe mich am Bahnhof umgeschaut und mich mit der Person am Schalter unterhalten. Alle Plätze liegen auf SBB-Areal und deshalb ist auch die SBB zuständig. Ruedi Handschin erläutert die Situation anhand von Folien mit dem Hellraumprojektor.

(Reguläre Aufnahme, jedoch ist die Diskette 1 ab hier nicht mehr abspielbar und es ist nur noch ein Pfeifton zu hören. Die folgenden Voten wurden aufgrund von Notizen des Protokollführers und Rückmeldungen der Sprecher protokolliert)

Der Rat beschliesst mit 26 : 3 Stimmen und 8 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2504 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2505

Postulat von Kurt Lanz betr. „Sichere Verbindung Schmittiplatz – Dorfturnhalle“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2505 vom 28. Oktober 2007

GR R. Wehrli erläutert dem Rat, dass an der Westfront der Dorfturnhalle bereits ein Bewegungsmelder montiert worden ist.

Kurt Lanz: Ich danke dem Gemeinderat für die speditive Erledigung meines Anliegen. Die nicht ganz ungefährliche Situation zwischen Schmittiplatz und den sanitä-

ren Anlagen in der Dorfturnhalle ist damit beseitigt. Das mir von der SVP vorgeworfene unklare Handeln muss ich klar zurückweisen. Die von uns lancierte Lichtinitiative möchte genau das nicht, was mir vorgeworfen wird. Wir wollen das Licht ganz klar an all jenen Stellen haben, an welchen es für die Sicherheit wichtig ist. Sie werden im Initiativtext keine Aussage finden, die das Licht auf Strassen und Plätzen grundsätzlich verbietet. Ich lade die SVP nach genauem Studium unserer Initiative gerne ein, dieselbe auch zu unterschreiben.

Der Rat beschliesst mit 20 : 15 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: 1. Das Postulat Nr. 2505 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Der Rat beschliesst mit 29 Stimmen und 8 Enthaltungen:

://: 2. Das Postulat Nr. 2505 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2506

Interpellation von Kurt Lanz betr. „Pratteln will sauber sein – gegen Littering, Spucken etc.“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2506 vom 28. Oktober 2007

GR Felix Knöpfel: Uns stört die Aussage bei der Einleitung, der Gemeinderat hätte seit März 07 noch nichts unternommen. Lassen Sie mich dazu etwas Grundsätzliches sagen: Der Gemeinderat hat für die Bearbeitung eines Postulates nach Reglement ein Jahr Zeit. Und jetzt sind erst etwas mehr als 6 Monate seit der Überweisung vergangen. *Frage 1: Ist es dem GR egal wie es auf unseren Strassen aussieht?* Die Werkhofarbeiter reinigen in regelmässigen Intervallen die Strassen und Plätze. Wenn nötig, werden einige stark verschmutzte Plätze auch an Samstagen gereinigt. Es dürfte einigen Räten nicht entgangen sein, dass der Gemeinderat beschlossen hat, mit mehreren Gemeinden des Bezirks Liestal eine Anti-Littering-Kampagne zu starten. Diese wird drei Jahre dauern und Kosten im Betrag von CHF 3'000.- pro Jahr verursachen. *Frage 2: Wann gedenkt der Gemeinderat die bestehende Verordnung durchzusetzen? Speziell § 2 Absatz 2 der lautet: Siedlungsabfälle sind bis 07.00 Uhr des Abfuhrtages bereitzustellen, frühestens jedoch ab 18.00 Uhr am Vorabend des Abfuhrtages.* Eigentlich ständig. Aber auch hier versuchen wir etwas Toleranz walten zu lassen. So begreifen wir, wenn ein Gewerbebetrieb, bei dem am Montag nicht gearbeitet wird, seine Säcke bereits am Samstag vors Geschäft stellt. *Frage 3: Wann gedenkt der Gemeinderat die Verordnung zum Abfallreglement so anzupassen, wie es unser Postulat verlangt?* Im Prattler Polizeireglement sollen die Übertretungen aufgelistet werden. Dieses Reglement wird momentan juristisch überarbeitet und kann 2008 im Rat diskutiert werden. Dabei ist zu erwähnen, dass der Kanton es nicht zulässt, Übertretungen im Abfallbereich per Ordnungsbussenverfahren zu ahnden. Das finde ich persönlich schade.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme Diskussion

Kurt Lanz: Ich danke Felix Knöpfel für seine Ausführungen. Die Durchsetzung von Reglementen ist eine wichtige Angelegenheit. Werden sie nicht durchgesetzt, sind sie wertlos und schafft Ungleichheit. Personen, die sich daran halten, sind die Geprüften. Nichteinhalten von Gesetzen und Reglementen ist strafbar und muss geahndet wer-

den. Ist der Gemeinderat dazu nicht bereit, muss er eine Reglementänderung beantragen.

Geschäft Nr. 2507

Aufhebung Reglement Bevölkerungsschutz-Fonds

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 6. November 2007

GR Max Hippenmeyer: Betreffend Aufhebung des Reglements sind offenbar Fragen aufgetaucht. Die juristische Abklärung hat ergeben, dass die Aufhebung eines Reglements mittels eines Reglements erfolgen muss. Ein einfacher Beschluss genügt grundsätzlich nicht. Das vorliegende Geschäft erfordert zwei Lesungen und unterliegt dem fakultativen Referendum. Der Aufhebungserlass wird im Prattler Amtsanzeiger publiziert, ansonsten er keine Rechtswirkungen entfalten kann. Der Aufhebungserlass wird jedoch nicht in die Erlasssammlung aufgenommen, sondern das aufgehobene Reglement wird entfernt. Dazu ist festzuhalten, dass die Erlasssammlung kein Publikationsorgan ist. Einzig dem Prattler Anzeiger vermag Publikationswirkung zuzukommen. Die Erlasssammlung ist gewissermassen eine bereinigte und nach Sachgebieten geordnete Sammlung der Gemeindeerlasse. Sie entspricht der „Systematischen Rechtssammlung des Bundes“ oder der „Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Basel-Landschaft“. Beim Bund werden sämtliche Gesetze und damit auch die Aufhebungserlasse in der „Amtlichen Sammlung“ publiziert. Es handelt sich dabei um das offizielle Publikationsorgan des Bundes und entspricht unserer Publikation in der Grossauflage des Prattler Anzeigers.

Chantal Jenny: Auch wir finden ein Reglement zur Aufhebung eines bestehenden etwas seltsam. Dennoch gehen wir davon aus, dass dieses Vorgehen so korrekt sein wird. Wenn ein Fonds aufgebraucht und kein Geld mehr vorhanden ist, braucht es dafür auch kein Fondsreglement mehr. Wir stimmen der Vorlage zu.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Reglement vom 9. Dezember 2002 über den Bevölkerungsschutz wird auf den 1. Februar 2008 aufgehoben.

Der Rat beschliesst mit 34 Stimmen gegen 1 Stimme und 2 Enthaltungen:

://: Auf eine zweite Lesung wird verzichtet.

Geschäft Nr. 2509

Tagesheim „Chäferhuus“: A) Dringende Massnahme im Personalbereich und B) Zukünftige Ausrichtung und Trägerschaft des Tagesheims

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 6. November 2007

GR Uwe Klein: Familienergänzende Kinderbetreuung ist in den letzten Jahren immer wieder ein Thema und wird es auch in der Zukunft bleiben. Der Kanton Baselland hat am 23. Oktober einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Auf 38 Seiten wird die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der familienergänzenden Tagesbetreuung aufgezeigt. Wir können gespannt sein, wie sich die Parteien und Organisationen zu diesem aus 23 Paragraphen bestehenden Gesetzesentwurf stellen und wie der Landrat schlussendlich im Verlauf des Jahres 2008 entscheidet. Wenn alles gut geht, kann frühestens im Jahr 2009 eine gesetzliche Regelung der Familienergänzenden Kinderbetreuung in Kraft treten. Die Gemeinde Pratteln betreibt seit circa 40 Jahren das Tagesheim „Chäferhuus“. Diese Einrichtung steht nicht zur Diskussion. Worüber sich jedoch der Gemeinderat Gedanken gemacht hat, ist die Organisationsform. Das Tagesheim steht grundsätzlich nur Kindern offen, deren Eltern oder Elternteile in Pratteln wohnen. Berücksichtigt werden in erster Linie Kinder, die aus materiellen oder sozialen Gründen nicht von ihren Eltern oder Elternteilen betreut werden können. Die Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Mehr als 50% der Ehen werden heute geschieden. Immer mehr alleinerziehende Elternteile – meistens sind dies die Mütter – haben die Auswirkungen zu tragen. Viele Mütter sind aus finanziellen Gründen gezwungen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Vermehrt legt auch die Sozialhilfebehörde Wert darauf, dass Alleinerziehende tageweise einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Kinderbetreuung geregelt ist. Die betrieblichen Anforderungen an ein Tagesheim bezüglich Qualifikation der Mitarbeiter und Raumbedarf bestimmt die kantonale Aufsichtsstelle, nämlich die „Fachstelle Jugend- und Behindertenhilfe“ gemäss den Richtlinien des schweizerischen Krippenverbandes. Sind die Anforderungen erfüllt, wird die Betriebsbewilligung erteilt. Zu den Kosten: Der Nettoaufwand für das Tagesheim „Chäferhuus“ betrug 2006 rund CHF 436'000.-. Nimmt man noch die Subvention, welche dem Tagesfamilien-Verein gewährt wird dazu, dann leistet die Gemeinde Pratteln jährlich Kosten für die familienergänzende Betreuung von zur Zeit circa CHF 540'000.--. Das ohne Overheadkosten, also Kosten, welche in der Verwaltung anfallen und diese liegen sicher zwischen 30'000 bis 40'000 Franken. Personalproblematik: Das Tagesheim ist für circa 30 Kinder ausgelegt. Der Personalbestand mit 830 Stellenprozenten ist eigentlich ausreichend. Das Verhältnis zwischen Auszubildenden und Ausgebildetem Personal stimmt jedoch nicht. Dies hat zur Folge, dass die erforderliche Betreuungsqualität leidet und nicht mehr den Vorgaben der Betriebsbewilligung entspricht. Weiter müssen die Auszubildenden neu zwei Tage pro Woche die Berufsschule besuchen, was wiederum mit einer 50% Springerstelle abgedeckt werden muss. Mangels qualifizierten Personals musste die Belegung in den letzten Monaten auf 65% zurückgefahren werden. Auf der Warteliste stehen aktuell 35 Kinder, welche dringend eine Tagesbetreuung brauchen. Dieser Zustand ist nicht mehr verantwortbar, ist sehr unbefriedigend und bedarf einer schnellen Lösung. Trägerschaft von Tagesheimen: Grundsätzlich möchte der Gemeinderat klarstellen, dass das Betreiben eines Tagesheims keine Kernaufgabe der Gemeinde ist. Es gibt im Kanton einige gute Beispiele, wie Gemeinden mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur wie Pratteln die Tagesbetreuung in private Hände gelegt haben. Zu erwähnen ist z.B. die Gemeinde Reinach. Der Gemeinderat ist der klaren Meinung, dass weiterhin die familienexterne Tagesbetreuung mit einkommensabhängigen Tarifen – wie bisher – angeboten werden soll. Ziel ist aber, die finanziellen Mittel zielgerechter einzusetzen und mindesten 30 Betreuungsplätze – besser wären mehr – anzubieten. Dies kann nur erreicht werden, wenn das Tagesheim von einer privaten Trägerschaft mit einem klaren Leistungsauftrag übernommen wird. Die anfallenden massiven Overheadkosten der Verwaltung für die Personalbetreuung, für die Kommunikation und die Koordination würden wegfallen resp. wären massiv kleiner. Wie weiter? Der Gemeinderat beantragt als Sofortmassnahme eine 50% Springerstelle befristet bis 31. Dezember 2008. Unsere Auszubildenden müssen ab 2007 neu 2 Tage pro Woche in die Schule. Diese Tage fehlen zur Betreuung der Kinder. Der Gemeinderat beantragt weiter, dass der Einwohnerrat die Weichen für eine Auslagerung des Tagesheims stellt. Stimmt der Einwohnerrat einer grundsätzlichen Auslagerung zu, wird der Gemeinderat bis Ende

April 2008 dem Rat ein Konzept vorlegen. Stimmt der Rat der Auslagerung nicht zu, werden wir bei nächster Gelegenheit dem Einwohnerrat CHF 160'000 beantragen für 190 Stellenprozente zur Aufrechterhaltung von 30 Tagesheimplätze. Geschätzte Damen und Herren, ich bitte sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen

Benedikt Schmidt: Unabhängige und Grüne sind für Eintreten. Wir waren etwas erstaunt ob der Aussage, dass ein Gemeindebetrieb nicht kundenorientiert geführt werden kann, aber wir waren erfreut, dass in der Vorlage auch klar dargestellt wurde, welchen finanziellen Nutzen eine soziale Institution hat.

://: Der Rat beschliesst einstimmig Eintreten

Benedikt Schmidt: Wir befürworten die Schaffung einer Springerstelle sind aber gegen einen Blankoscheck in Sachen Privatisierung. Wir wollen nicht die Katze im Sack kaufen und wir wollen zuerst das Konzept für die Privatisierung sehen. Erst dann wollen wir entscheiden, ob wir einer Privatisierung zustimmen. Nochmals als Klarstellung: Wir sind nicht prinzipiell gegen eine Privatisierung. Aber für uns ist die Reihenfolge der Entscheide falsch. Wir wollen zuerst das Konzept, dann den Entscheid über die Privatisierung.

Heinz Schiltknecht: Wir können den Beschlussanträgen 1 und 3 zustimmen und wir beantragen, den Beschlussantrag 2 zu streichen. Auch wir wollen zuerst ein Konzept als Grundlage für eine Entscheidung. Wenn Sie dem Antrag so zustimmen, werden wir das Behördenreferendum ergreifen. Das Volk wird entscheiden.

(Abspielung der Diskette wieder regulär)

Olga Aeberhard: Es ist mir zuerst „sauer“ aufgestossen, dass man das auslagern will. Gewisse Dinge sprechen aber dafür. Auch die Spitex ist privat organisiert, erhält Subventionen von der Gemeinde und funktioniert sehr gut. Es ist auch schwerfällig, wenn alle Entscheidungen über die Abteilung und den Gemeinderat laufen. Das Tagesheim kann nicht schnell reagieren. Wir möchten dem Beschluss 3.1 zustimmen und den Beschluss 3.2 streichen. Für den Beschluss 3.3 stellen wir folgenden Antrag für eine Neuformulierung: *„Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Ende April 2008 ein Konzept für eine private Trägerschaft vorzulegen“.*

GR Max Hippenmeyer: Es geht nicht ums Sparen, sondern darum, die Mittel optimal einzusetzen. Mich befremdet die Drohung, ja sogar eine Erpressung, seitens der SP, die mit dem Referendum droht, wenn die Abstimmung gemäss Antrag erfolgen würde. Das dient der Sache nicht und im Vordergrund steht die Kinderbetreuung. Die wird von niemandem bestritten. Hier geht es nur um die Trägerschaft und um Effizienz. Wir wollen vom Einwohnerrat ein Grundsatzbekenntnis.

Stefan Löw: Sie haben selbstverständlich das Recht, das Referendum zu ergreifen. Aber wieso und warum werdet Ihr nicht konkret? Was sind die Begründungen? Das Misstrauensvotum befremdet mich sehr. Wir sehen die Schwierigkeiten und Probleme und wollen das mit einer neuen Trägerschaft verbessern. Das ist auch für die Mitarbeitenden einfacher.

Kurt Lanz: Wir haben gesagt, dass wir bereit sind, dass der Gemeinderat das Ganze anschauen und uns seine Vorstellungen erklären soll. Wir sind nicht bereit, „die Katze im Sack zu kaufen“. Zur Aussage der Erpressung: Das Behördenreferendum ist eine Angelegenheit, wo man es machen kann, wie man will. Es ist so oder so nicht recht. Wenn man nichts sagt, ist es nicht recht und wenn man es sagt, ist es nicht recht, weil man es gesagt hat und man wird als Erpresser dargestellt. Wir spielen mit offenen

Karten. Bei einem Referendum schauen wir, was das Volk sagen wird. Aber wir wollen ja lediglich, dass der Punkt 2 gestrichen wird. Der Gemeinderat macht eine Vorlage und alle wissen, was Sache ist.

Gert Ruder: Punkt eins kann so beschlossen werden und Punkt 2 kann man vergessen. Wenn wir dem Vorschlag von Olga Aeberhard zustimmen, dann kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft konkret berichten.

Petra Ramseier: Uns geht es um eine Logik im Ablauf. Punkt 3.3 lautet: „Der Gemeinderat wird beauftragt dem Einwohnerrat bis Ende April 2008 ein entsprechendes Konzept vorzulegen, welches Angaben über die Betriebsgrösse, Finanzierungsmodelle, jährliche Kosten, mögliche Trägerschaften und Leistungsziele umfasst“. Die mögliche Trägerschaft ist noch nicht ganz genau definiert und wir möchten diesen Punkt zuerst geklärt haben, bevor wir zustimmen. Wir wollen zuerst ein Konzept, bevor wir beschliessen. Sobald klar ist, wie der Kanton mit dem neuen Reglement und der Finanzierung umgeht, dann schauen wir die Fakten an.

GR Uwe Klein: Wir möchten nicht eine Riesenarbeit machen, wenn Sie heute schon sagen „kommt nicht in Frage“. Auch für mich ist das Erpressung und ist nicht fair. Es geht um die Kinder und ich finde es schade, dass wir zwei Lager haben. Ich bin bereit, den Beschluss 3.2 zu streichen und die Formulierung von Olga Aeberhard zu übernehmen. Wir werden ein Konzept erarbeiten. Ein Problem ist aber immer noch nicht gelöst: Wir haben eine Unterbelegung beim Personal und 35 Kinder, die keinen Platz haben.

Dieter Stohler: Die Referendumsdrohung der SP kommt mir etwas komisch vor. Jetzt stehen wir vor einer neuen Situation. Ich frage den Gemeinderat, ob er den Antrag 3.2 zurückzieht und 3.3 zu Gunsten des Antrags von Olga Aeberhard umformuliert? Wenn ja, dann können wir abstimmen.

Urs Hess: Ordnungsantrag. Wir haben hier eine Vorlage mit einem Antrag des Gemeinderates und eine neue Formulierung. Diese müssen einander gegenübergestellt werden.

Einwohnerratspräsident Stephan Ackermann: Der Gemeinderat zieht die Anträge 2 und 3 zugunsten des Antrags von Olga Aeberhard zurück. Deshalb stimmen wir über den Antrag von Olga Aeberhard ab.

://: Mit grossem Mehr wird diesem Vorgehen zugestimmt.

(noch 36 Räte anwesend)

Der Rat beschliesst mit 34 : 2 Stimmen:

://: 1. Der Einwohnerrat bewilligt CHF 43'000.— für eine 50%-Springerstelle zur Abdeckung der Betreuung während den Schulabwesenheiten der Auszubildenden befristet bis 31. Dezember 2008. Dieser Betrag wird ins Budget 2008 eingestellt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: 2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Ende April 2008 ein Konzept für eine private Trägerschaft vorzulegen.

Fragestunde**Frage von Christoph Zwahlen betr.
„S-Bahn-Station Pratteln-Salina –
Raurica“**

GR Felix Knöpfel: *Wie ist bei diesem Projekt der Stand der Dinge?* Am letzten Dienstag fand in der Längi eine Informationsveranstaltung statt und die Diskussionen wurden intensiv geführt. Bis Anfang Juni 2008 wird die Haltestelle provisorisch für die Euro 08 bereit sein. Dann wird es eine kleine Pause geben. Selbstverständlich braucht es eine Unterführung und die Haltestelle wird im Dezember 2008 in Betrieb gehen. Allerdings wird der Vorplatz noch nicht erstellt sein, weil man noch nicht genau weiss, wo die Strasse durchführt.

Christoph Zwahlen: Ich bin sehr zufrieden mit dieser Antwort und habe eine Zusatzfrage: Gerne hätte ich solche Informationen im Amtsanzeiger gelesen unter der Rubrik „Aus dem Gemeinderat und der Verwaltung“. Mir ist schon bei vielen Projekten aufgefallen, dass man nach einer Planauflage nichts mehr hört. Wer informiert über den Fortgang eines Projekts, damit man als Bürger auf dem Laufenden ist?

GP Beat Stingelin: Informationen im PA betreffen Dinge, die abgeschlossen sind und wir dahinter stehen können. Wir können nicht in der „Vielleicht-Form“ informieren. Damit würden wir mehr Verwirrung stiften als Informationen geben. Bei der Haltestelle Salina Raurica ist tatsächlich noch vieles nicht klar und wir haben von der SBB nicht alle Informationen. Im Dezember 2008 werden die Züge dort halten und abfahren. Aber die Umgebung wird nicht fertig erstellt sein.

Die Sitzung wurde um 20.45 Uhr beendet.

Pratteln, 17. Januar 2008

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Der Sekretär

Stephan Ackermann

Bruno Helfenberger

Anhang:

- Schreiben an die Räte vom 21. Dezember 2007